



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/145 - 29.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Die Erleichterungen an der Zonengrenze	S. 1
Benelux'-Interessen an Westdeutschland	S. 3
Die Stimmenverluste der CDU im Ruhrgebiet	S. 4

Ein Schritt vorwärts

EZ - Berlin

Die Verbesserungen im Interzonenreiseverkehr, das Ergebnis der zwischen der Bundesbahn und der sowjetzonalen Eisenbahnbehörde geführten Verhandlungen, sind zwar eine rein technische Angelegenheit, die auch auf rein technischer Ebene ausgehandelt wurde, aber darüberhinaus ein Beispiel dafür, dass die Spaltung Deutschlands bei beiderseitigem guten Willen und bei Außerachtlassung aller politischen Prestigefragen im Bereich des praktischen Alltagslebens wesentlich abgebaut werden kann.

Mit der neuen vom 15. Juli an gültigen Vereinbarung über die Verdoppelung der täglichen Zugpaare von 6 auf 12, der zusätzlichen Einsetzung von Vor- und Nachzügen im Ferien- und Festtagsverkehr, und der Wiedereröffnung von zwei weiteren Grenzübergangsstellen in Oebisfelde und Gutenfürst ist ein Anfang gemacht worden, "die Verbindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu festigen und Deutschland als einheitliches Verkehrsgebiet zu behandeln".

Die Vereinbarung wirkt sich in diesem Sinne auch als politische Maßnahme aus. Sie ist der Anfang in der Erfüllung jener Forderungen, die von der SPD nach der für Deutschland unfruchtbaren Berliner Außenminister-Konferenz immer wieder erhoben worden sind, um dort, wo die Wiedervereinigung auf praktischem Gebiete schon

heute in Angriff genommen werden kann, der Sowjetzonenbevölkerung Hilfe und Erleichterung zu verschaffen. Das Steckenpferd der grundsätzlichen Ablehnung aller Verhandlungen zwischen Dienststellen Bonn und Pankow, das von manchem westlichen Politiker nur allzu gern geritten wird, ist mit der neuen Vereinbarung über den Interzonenverkehr zu Fall gebracht worden.

Wenn der mit den erfolgreichen Verhandlungen beschrittene neue Weg effektiv zu einer Milderung der Trennung zwischen den Deutschen dies- und jenseits der Elbe führen soll, muss er auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden. So wäre es durchaus möglich, auch bei dem Wasserstrassennetz der Bundesrepublik und der Zone durch entsprechende West-Ost-Vereinbarungen mit einer Wiedervereinigung zu beginnen. Es ließe sich vorstellen, dass durch eine gemeinsame Instandhaltung der Wasserverkehrswege und vor allem ⁴⁾ der Zonengrenze und Berlin der west-östliche Binnenschiffverkehrsverkehr, der zur Zeit durch die dauernde Notwendigkeit von Reparaturen schwer beeinträchtigt ist, gesichert wird. Auch die Öffnung weiterer Zonenübergangsstellen der Eisenbahn und die gemeinsame Wiedereinstandsetzung der 1945 weitgehend demontierten zweiten Gleise ließen sich wahrscheinlich in Verhandlungen erreichen.

Kein Sowjetzonenbewohner wird der Bundesrepublik daraus den Vorwurf machen können, durch Zugeständnisse an Pankow, wie sie etwa in einer finanziellen und materialmäßigen Beteiligung bei den Wiedereinstandsetzungsarbeiten auf sowjetzonalen Gebiet möglich wären, das verhasste SED-Regime unterstützt zu haben. Wenn das Zentralorgan der SED die Erweiterung des Interzonenverkehrs als Ergebnis der "beharrlichen Verständigungspolitik der DDR-Regierung" hinstellt und als "neuen Ansporn im Kampf der deutschen Patrioten" im Sinne der Molotowschen Deutschlandpolitik, so trägt ein solcher Kommentar doch zu deutlich die altbekannte propagandistische Note der Kommunisten.

Angesichts der entschlossenen Ablehnung des Pankower Regimes sind solche Anticlerungversuche der SED bei der Zonenbevölkerung, selbst wenn sie im Ausschlichten erfolgreicher Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow bestehen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die SED-Propagandisten machen sich nur lächerlich, wenn sie, wie z.B. der Partei-Idologe Fred Oelsner, anlässlich des "Neuen-Kurs-Jubiläums" der Bevölkerung einreden wollen, dass auch die nach dem 17. Juni 1953 erreichten Erleichterungen im Interzonenverkehr eine Errungenschaft der Politik der SED-Regierung sind. Jeder Zoneneinwohner weiß, dass die Aufhebung des Interzonenpasses kein Erfolg der "patriotischen Politik der SED" ist wie behauptet wird, da sich ja Pankow wochenlang vorher mit Händen und Füßen gegen die Beseitigung desselben Interzonenpasses sträubte, indem es schwerstes Diffamierungsgeschütz gegen alle in dieser Richtung gehenden Forderungen der Bundesrepublik auffuhr. -

+) der Schleusen im Gebiet zwischen

Die Sorge um das Glacis

In der Zeit, in der man noch hoffte, übermächtige Angreifer durch Festungen aufhalten zu können, spielte bei den Festungsbaumeistern und bei den Festungskommandanten die Sorge um das "Glacis" - von dem großen französischen Festungsbaumeister Brialmont eingeführt - eine große Rolle. Das Glacis war das Vorfeld vor den Befestigungswerken, den Redouten, Wällen und Forts und schon im Frieden gab es strenge Vorschriften über Freihaltung dieses Geländes von Baulichkeiten, Brücken oder Tunnels, sogar von überhöhten Strassen. Wer heute durch Belgien und Holland fährt, wo noch bis zum zweiten Weltkrieg eifrig an Festungsbauten konstruiert wurde, sieht vor vielen ausrangierten alten Forts noch immer das freie, schussfeldfreie Glacis. Nur langsam, nur hier und da gewöhnt man sich daran, dass man ja auf diesem früheren Glacis bauen könnte; die Militärbehörde stösst nur sehr widerwillig die alten Glacis ab.

Nicht nur bei den Festungsmilitärs, auch bei vielen Politikern eben dieser Beneluxländer, Belgien und Holland in erster Linie, gibt es etwas wie einen "Glaciskomplex". Nur denkt man dabei an ein weiträumiges Glacis - nämlich an ganz Westdeutschland. Es ist dieser Glaube oder diese Hoffnung, dass sich der Angreifer aus dem Osten auf diesem Glacis Bundesrepublik fortlaufen könnte, es ist diese Glacis-psychose die zweifellos auch bekannte sozialistische Politiker aus den Beneluxstaaten dazu bewegt hat, sich Adenauer für einen letzten Rettungsversuch für die EWG zur Verfügung zu stellen. Man spricht von Europa und man meint das Glacis Westdeutschland, auf dem sich dann möglichst deutsche Europalegionäre herumschlagen und verhindern sollen, dass die Flut aus dem Osten bis nach Holland und Belgien fließt.

Ganz wohl ist anscheinend den Beneluxaußenministern, die sich dazu entschlossen, die sechs Außenminister der Kleinenuropastaaten nach Brüssel zu einer EWG-Konferenz einzuladen, nicht bei diesem Plan. Wenn Spaak verkündete die von den Pressagenturen sensationell schon vorher herausgegebene Nachricht, dass sich Vertreter Frankreichs, Italiens, Deutschlands (wieder die beliebte Gleichsetzung von Bundesrepublik und Deutschland), Hollands, Belgiens und Luxemburgs "nächstens" in Brüssel treffen würden, eine halbe Stunde vor einer etwas abratenen Ankündigung von Sommerferien für die Kammer. Er lehnte auch im Senat

jeder Debatte über die ausländische Politik ab, trotzdem der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten einstimmig - also mit Einschluss seiner sozialistischen Mitglieder - darum gebeten hatte. Auch der Senat soll sich bis nächsten Mittwoch, das heißt vor dem Treffen der sechs Kleinststaaten, in Brüssel begeben, und bis dahin gefälligst inenpolitische Angelegenheiten erledigen (Übrigens ist auch die etwas delikate Frage gestellt worden, wie weit die Sorge um fernere Off-Shore-Aufträge, die z.B. für die belgische Metall- und Waffenindustrie unentbehrlich sind, die Bereitwilligkeit, sich als Vermittler anzubieten, gefördert hat.) Spaak sprach auch vorsichtigerweise nicht von Außenministern, sondern nur von "Delegierten" der sechs Staaten. Auch der holländische Kriegsminister Staf war sehr gewunden in seinen Angaben über die über Spaak einberufene Konferenz. Einerseits bestritt er lebhaft, dass es sich darum handle einen Ersatz für die EVG zu suchen, andererseits schloss er damit, dass in dem Falle, dass die EVG nicht zustandekäme, "in erster Linie eine Lösung innerhalb der NATO" gesucht werden müsse.

Nur eins vermisst man in allen belgischen und holländischen offiziellen Erklärungen und Pressestimmen zu dieser Angelegenheit: auch nur die geringste Andeutung darüber, in welchem Verhältnis dieser Einigung versuch zur deutschen Frage, nämlich zur Vereinigung des gespaltenen Deutschland und zur Wiederaufrichtung der deutschen Souveränität, steht. Die ganze Initiative gilt im Grunde nur der Sorge um das Glacis der Erhaltung des westdeutschen Vorfeldes. Die triumphante Ausschaltung des belgischen Parlaments, das bekanntlich in der EVG-Frage in allen Parteien gespalten war, könnte darauf hindeuten, dass es in der belgischen Politik- und nicht zuletzt unter den belgischen Sozialisten Leute gibt, die diese reine Glacis-Einstellung für sehr bedenklich und kurzsichtig halten.

- pt

+ + +

Zwischen Dortmund und Köln

Schwerste CDU-Verluste in Großstädten und Industriebezirken

sp - Das Ergebnis der Wahlen in Nordrhein-Westfalen lässt sich unter den verschiedensten Gesichtspunkten bewerten. Einer der wichtigsten ist die Tatsache, dass sich das Bild im Ruhrgebiet, d.h. vor allem in den Großstädten und z.T. auch in den stark industriedurchsetzten Landkreisen dieses Raumes, besonders gründlich gewandelt hat.

- 5 -

Eine der größten Überraschungen des 6. September vorigen Jahres war der außerordentlich hohe Stimmenanteil der CDU gerade auch in den großen Industriestädten und dem Ruhrrevier überhaupt. Voreilig hatte man in der Siegerpartei von damals den Schluß gezogen, es habe sich mit dieser Entscheidung ein grundsätzlicher Wandel in der Einstellung dieser Bevölkerungskreise vollzogen und als sei damit einer der wichtigsten, wenn nicht der zuverlässigste Pfeiler der politischen Machtstellung der SPD geborsten.

Der 27. Juni hat diese Auffassung widerlegt. In vielen Fällen verwandelte sich der Stimmenvorsprung der CDU von damals sogar in einen Vorsprung der SPD. Eine große westdeutsche Zeitung veröffentlichte am Morgen nach der Wahl eine graphische Darstellung der Wahlkreise des Ruhrgebietes, die die Veränderung des politischen Bildes, dem Wechsel von einer CDU-Mehrheit zu einer SPD-Mehrheit in zahlreichen Wahlkreisen, sehr plastisch machte. Einige Ziffern sprechen eine besonders deutliche Sprache:

In Essen erhielt die CDU 1953 rund 159 000 Stimmen, die SPD 145 000. Jetzt hat die CDU 103 000, die SPD 133 000. In Dortmund fiel alle Wahlkreise der SPD zu. Die Ziffern lauteten für 1953 CDU rund 142 000, SPD rund 166 000, für 1954 CDU 103 000, SPD rund 158 000. In Wuppertal fielen alle vier Wahlkreise neu zur SPD - die entsprechenden Ziffern waren für 1953: CDU rund 89 000, SPD rund 74 000; bei diesen Wahlen 50 000 und 68 000. Auch Solingen und Ronschoid wurden von der SPD erobert. In Duisburg ging die CDU von 110 000 auf 76 000 zurück, also um 34 000, während die SPD mit 93 000 ihren Stand von 1953 nur um 4 000 unterschritt.

Der Stimmenschwund der CDU beschränkte sich aber durchaus nicht nur auf das Ruhrgebiet. Als Beispiele seien die Großstädte am Rhein, Düsseldorf und Köln, angeführt. In der Landeshauptstadt ging der Stimmenanteil der CDU von 172 000 auf 115 000 zurück, während die SPD von 99 000 auf 102 000 anstieg! In der Domstadt, die sich allerdings durch eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen auszeichnete, (59 %) verlor die CDU rund 60 000 Stimmen, während der Stimmenrückgang der SPD nur ein Drittel davon betrug.

Die Unruhe, die der 27. Juni in den Führungsgremien der CDU auslöste, ist verständlich.

Verantwortlich: Peter Raunau